



von Helmut Markwort

Wie ein Linke-Senator in Berlin einen SED-Aufklärer aus dem Amt trieb

Dienstag

Dank hartnäckiger Journalisten fliegt in Berlin ein Skandal auf, den der Senat jahrelang vertuschen wollte. Kontrahenten sind der Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) und der Historiker Hubertus Knabe, der 18 Jahre lang die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen geleitet hat. Lederer war im Alter von 18 Jahren der SED-Nachfolgepartei beigetreten und ärgerte sich jahrelang über Knabe, der sich zu einem der profiliertesten Aufklärer von Stasi- und SED-Machenschaften entwickelte. Als Lederer zum Kultursenator von Berlin aufstieg, wurde er Oberaufseher des Gedenkstättenleiters. Jetzt konnte er seine persönliche Abneigung amtlich vorantreiben.

Besonders hatte ihn gewurmt, dass Knabe die Stasi-Aktivitäten des Staatssekretärs Andrej Holm und die IM-Tätigkeit von Anetta Kahane aufdeckte, die sich als Chefin der Amadeu Antonio Stiftung hervortut. Im September 2018 kündigte Lederer dem Historiker mit der



Opfer Stasi-Jäger Knabe wurde vom Berliner Kultursenator Lederer (Die Linke) demontiert

Begründung, er habe in seiner Gedenkstätte strukturellen Sexismus geduldet. Gegen diesen Vorwurf wehrt sich Knabe und vermutet eine politische Intrige. Sein Protest hat zu einem Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus geführt. Den hat der Kultursenator offenbar getäuscht.

Die „Welt am Sonntag“ hat per Klage am Verwaltungsgericht erreicht, dass sie Dokumente der Senatsverwaltung einsehen durfte, die dem Ausschuss vorenthalten wurden.

Aus über 50 Seiten geht hervor, wie der Senator mit persönlicher Energie und mithilfe seiner Mitarbeiter jahrelang versucht hat, den verhassten Historiker aus seinem Amt zu vertreiben. Seitenlang haben Behördenjuristen mögliche disziplinarrechtliche Gründe aufgelistet, deretwegen Knabe hätte entlassen werden sollen. Keines der Argumente überzeugte. Wenn jetzt die Indizien dieser Intrige dem Ausschuss vorgelegt werden, könnte eine Wende eingeläutet werden: gegen den Senator Lederer, für Hubertus Knabe und für die vielen Opfer der SED, die unter der Entmachtung Knabes noch einmal gelitten haben.

Mittwoch

Eine Lebensversicherung hat geschrieben. Die Herrschaften wollen wissen, ob ich noch lebe. Die Lebenszeichen, die ich da und dort und auch hier regelmäßig von mir gebe, scheinen der Firma nicht zu reichen.

Wenn ich vor meinen Lesern versichere, dass ich dieses Tagebuch bei vollem Bewusstsein selber geschrieben habe, oder wenn ich in einer meiner Reden im bayerischen Parlament auch vor politischen Gegnern einflachte, dass ich am

Lebensbescheinigung

Bitte lassen Sie eine Lebensbescheinigung ausstellen. Sie erhalten sie beim Hausarzt oder Geldinstitut, bei der Polizeibehörde, beim Einwohnermelde-, Orts- oder Bürgermeisteramt. Eine vorbereitete Erklärung haben wir beigefügt.

Zwangsgang Versicherungen wollen genau wissen, ob ein Kunde noch lebt

Leben bin, so ist die Lebensversicherung AG damit nicht zufrieden.

Sie verlangt eine Bescheinigung. Zwei Mitglieder des Vorstands haben mir eine Erklärung vorbereitet und mitgeschickt. Sie haben auch genau aufgezählt, wer versichern darf, dass ich noch lebe: der Hausarzt, eine Bank, die Polizeibehörde, das Einwohnermeldeamt oder das Büro des Bürgermeisters.

Die Belästigung besteht darin, dass ich die „Lebensbescheinigung“ selber abholen soll. In dem Text heißt es nämlich: „Wir bestätigen, dass Herr Helmut Markwort heute persönlich bei uns war.“

Ich habe aber weder Zeit noch Lust, mir eine Maske umzubinden und ohne persönlichen Grund meinen Arzt oder eine Bank aufzusuchen. Noch weniger will ich mich bei einer Behörde in eine Schlange stellen. Wenn ich das Formular per Post oder Fax an einen der potenziellen Lebensbeglaubiger schicke und gleichzeitig als Lebensnachweis mit ihm telefoniere, erfüllt er doch nicht die Bedingung, dass er mich „heute“ gesehen hat. Ich mag keinen zum Mogeln verleiten.

Vielleicht lade ich einen Arzt zu einem Glas ein und lege ihm dabei die Bescheinigung vor.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.